

Barabas, György; Döhrn, Roland; Gebhardt, Heinz; Schmidt, Torsten; Weyerstraß, Klaus

Article

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Barabas, György; Döhrn, Roland; Gebhardt, Heinz; Schmidt, Torsten; Weyerstraß, Klaus (2017) : Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Vol. 68, Iss. 2, pp. 17-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/168633>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

György Barabas, Roland Döhrn, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt
und Klaus Weyerstraß

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021:¹ Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland

***Zusammenfassung:** In der mittleren Frist wird der Zuwachs des Produktionspotenzials vor allem von der Ausweitung des Arbeitsvolumens getragen, aber auch die Produktivität nimmt wieder etwas stärker zu als in den zurückliegenden Jahren. Das Produktionspotenzial wird von 2016 bis 2021 um durchschnittlich 1,6% pro Jahr wachsen. Auch die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft bleiben günstig. Der Welthandel dürfte wieder etwas stärker expandieren als in den vergangenen Jahren und die Geldpolitik der EZB noch geraume Zeit expansiv bleiben. Für das reale BIP wird in der mittleren Frist ein Anstieg ungefähr in der Größenordnung des Potenzialwachstums von gut 1 ½% je Jahr erwartet. Die geringe positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial von 0,2 % in diesem Jahr dürfte sich im weiteren Projektionszeitraum im Prognosezeitraum kaum verändern. Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit weiterhin in einer leichten Überauslastung der Kapazitäten.*

***Abstract:** In the medium term potential output growth will be primarily driven by an increase of the volume of work but also total factor productivity will be increased more than in previous years. Therefore we expect potential output to increase by 1.6% per year on average during the period 2016 to 2021. During this period the economic environment remains favorable. World trade is expected to be extended at a higher rate than in previous years. The ECB will maintain its expansionary monetary policy for some time to come. Under these circumstances we expect an annual average growth rate for GDP of 1 ½% over the medium term. This implies that the output gap remains slightly positive over the medium term.*

¹ Die Mittelfristprojektion ist ein Gemeinschaftsprojekt des RWI mit dem IHS Wien. Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des IHS Wien.

Mittelfristprojektion bis 2021

1. Deutliche Ausweitung des Arbeitsvolumens erhöht das Potenzialwachstum bis 2021

Die Entwicklung des Produktionspotenzials wird seit 2014 spürbar von der hohen Zuwanderung beeinflusst.² Neben der Zuwanderung aus einigen mittel- und osteuropäischen Ländern kommen weiterhin viele Flüchtlinge nach Deutschland, wenn auch mit deutlich abnehmender Tendenz. Mit Blick auf das Produktionspotenzial gibt es deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen von Migranten. Ein wesentliches Motiv der nicht fluchtbedingten Zuwanderung sind die hierzulade günstigen Arbeitsmarktperspektiven. Daher unterscheiden sich diese Migranten hinsichtlich ihrer Partizipationsquote, d.h. der Erwerbsbeteiligung, und der Erwerbslosigkeit nicht grundlegend von der heimischen Bevölkerung. Anders verhält es sich bei den Flüchtlingen. Unter ihnen ist aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und fehlender formaler Qualifikationen auch noch nach Abschluss des Asylverfahrens die Arbeitslosigkeit hoch und die Erwerbsbeteiligung niedrig. Daher steigern die Flüchtlinge das Erwerbspersonenpotenzial erst nach und nach (vgl. z.B. Barabas et al., 2016). Vor diesem Hintergrund unterscheiden wir seit dem Jahr 2015 bei der Partizipationsquote und der Erwerbslosigkeit zwischen Flüchtlingen und allen anderen Personen. Seit Herbst 2016 nimmt auch die Europäische Kommission diese Differenzierung bei der Partizipationsquote, nicht jedoch bei der Erwerbslosenquote vor.

Die für die vorliegende Projektion unterstellte Zuwanderung basiert auf der aktualisierten Rechnung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Diese wurde im Jahr 2015 veröffentlicht und berücksichtigt die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung bis 2013 (Statistisches Bundesamt, 2015). Da in dem seither vergangenen Zeitraum der Wanderungssaldo deutlich höher war als in der Bevölkerungsjektion unterstellt, veröffentlichte das Statistische Bundesamt im März 2017 eine aktualisierte Vorausberechnung auf Basis der Entwicklung bis 2015 (Statistisches Bundesamt, 2017a). Die dortige Variante 2-A bildet die Grundlage für die Annahmen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial in der vorliegenden Projektion. Demnach sinkt die Netto-Zuwanderung von 750 000 Personen im Jahr 2016 über 500 000 im Jahr 2017 und 400 000 im Jahr 2018 bis auf 200 000 Personen im Jahr 2021.

² Als Einflussfaktoren der Produktionsmöglichkeiten berücksichtigen wir das Erwerbspersonenpotenzial, den Kapitalstock und den Trend des technischen Fortschritts. Dieses Vorgehen steht im Wesentlichen im Einklang mit der Methode, die auch von der Europäischen Kommission verwendet wird (Havik et al., 2014).

Alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten

Aufgrund des demografischen Wandels wird sich die Zusammensetzung des deutschen Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahren erheblich ändern. Personen über 55 Jahre, die in der Vergangenheit geringe Partizipationsquoten aufwiesen, werden Anteile an den Erwerbspersonen gewinnen, während insbesondere die Gruppe der 45 bis 55-Jährigen, mit traditionell sehr hohen Partizipationsquoten, an Bedeutung verliert. Die im Einklang mit dem Verfahren der EU-Kommission bisher gewählte Fortschreibung der Partizipationsquoten, die sich an den Angaben für die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (wenngleich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen) orientierte, könnte vor dem Hintergrund dieses demografischen Wandels die Partizipationsquote mittelfristig überschätzen (vgl. auch Boysen-Hogrefe et al. 2017).

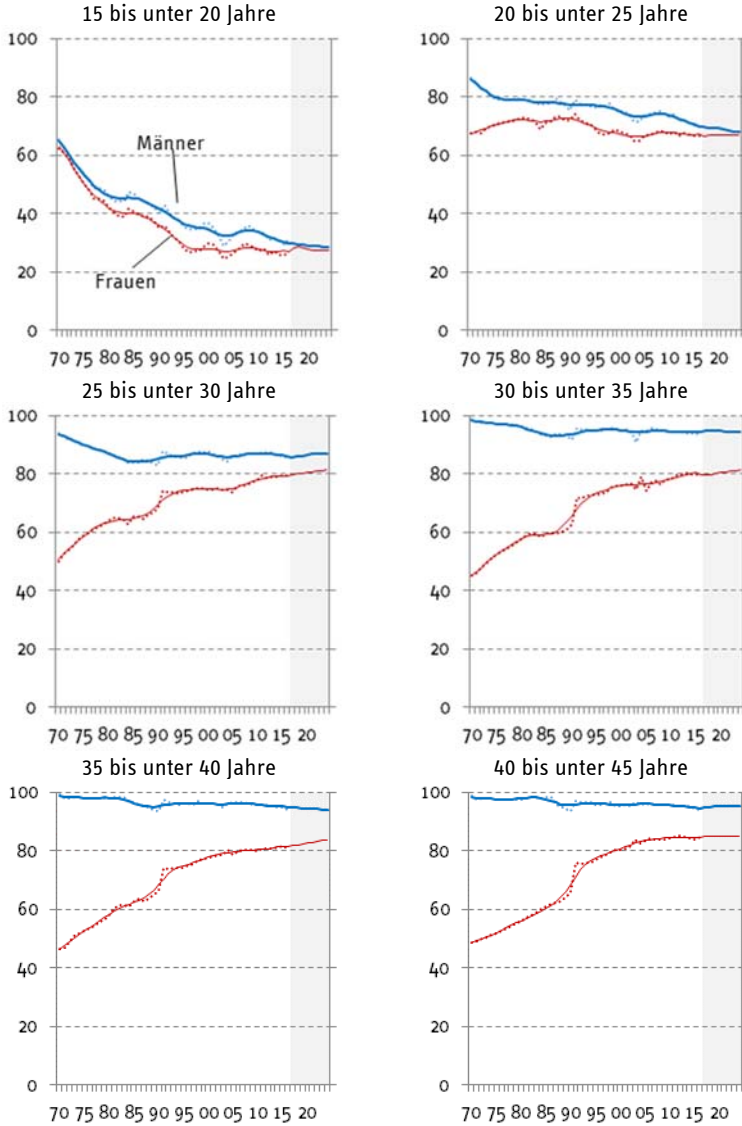
Betrachtet man alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten, so fällt zunächst auf, dass der Anstieg der Partizipationsquote insgesamt insbesondere von der der Frauen getragen war. Bei Männern zwischen 35 und 55 lag sie schon immer bei 90% und darüber, und sie ist im Zeitverlauf sogar leicht gesunken. Gestiegen ist sie im Zeitverlauf mehr oder weniger durchgängig bei Frauen, wobei die Wiedervereinigung aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland zu einem sprunghaften Anstieg führte. In den vergangenen Jahren wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Quote zudem durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung Älterer getrieben. Eine Besonderheit zeigt sich dabei insbesondere bei Männern zwischen 55 und 65 Jahren, deren Partizipationsquote lange Zeit aufgrund von Frühverrentungsprogrammen sank, mit deren Ende und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit aber wieder deutlich stieg. Zudem scheint der über längere Zeit beobachtete Rückgang der Partizipationsquoten der unter 25-Jährigen gestoppt, in dem u.a. die Tertiärisierung des Bildungswesens und die generell mit längeren Schul- und Ausbildungszeiten zum Ausdruck kommen.

Wenn diese Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den Altersgruppen nicht berücksichtigt werden, wird implizit unterstellt, dass die Partizipationsquote in allen Bevölkerungsgruppen gleich ist. In dieser Mittelfristprojektion schätzen wir erstmals alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten. Wir betrachten dabei 5-Jahres-Kohorten, beginnend mit der Kohorte der 15- bis 19-Jährigen. Für jede dieser Kohorten schätzen wir eine trendmäßige Partizipationsquote. Dazu verwenden wir ARMA-Ansätze, deren Spezifikation anhand von Informationskriterien optimiert wurde.^a Ein ähnliches Verfahren wendet neuerdings auch die Europäische Kommission bei ihrer Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials an, allerdings für 10-Jahres-Kohorten und nur für den Projektionszeitraum ab dem Jahr T+6 bis zum Jahr T+10 (Havik et al. 2014), und auch für die langfristige Projektion der budgetären Auswirkungen der demografischen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten (European Commission 2014).

Mittelfristprojektion bis 2021

Altersspezifische Partizipationsquoten

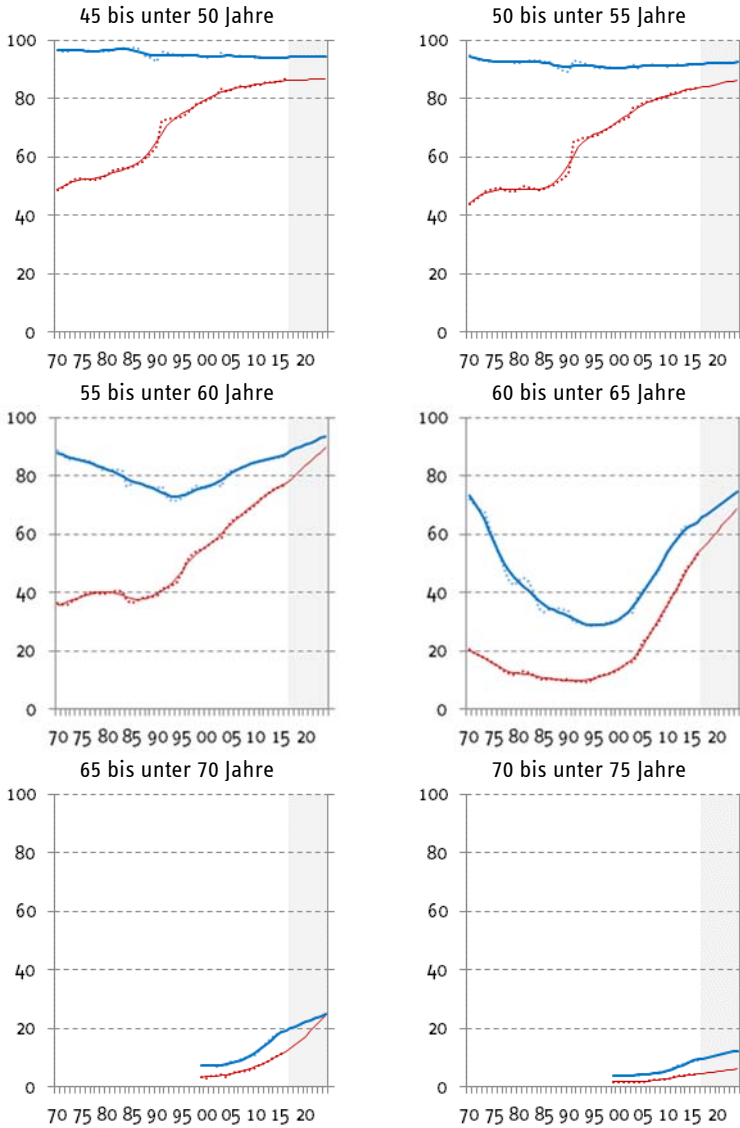
1970 bis 2024; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD. Gepunktete Linie: Tatsächliche Werte. Projektionszeitraum schraffiert.

Noch: Altersspezifische Partizipationsquoten

1970 bis 2024; in %

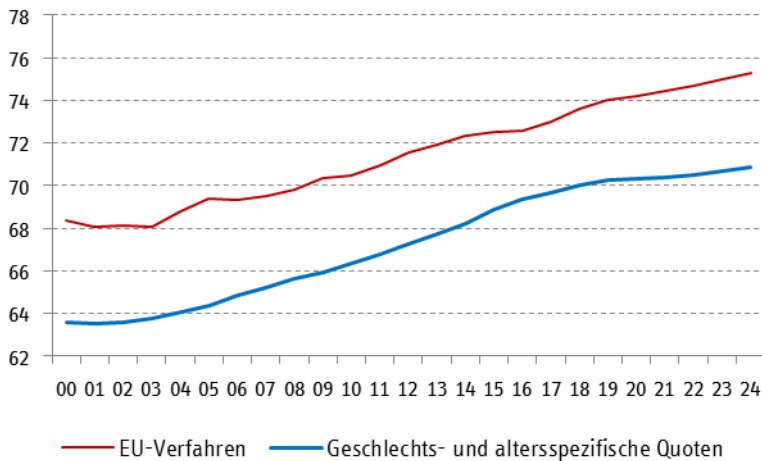


Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD. Gepunktete Linie: Tatsächliche Werte. Projektionszeitraum schraffiert.

Mittelfristprojektion bis 2021

Partizipationsquote nach dem EU-Verfahren und bei geschlechts- und altersspezifischer Rechnung

2000 bis 2024; in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹



Eigene Berechnungen. - ¹Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahre, ohne Flüchtlinge.

Die Projektion der Partizipationsquoten impliziert für die Mehrzahl der Alterskohorten eine weitere Annäherung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern. In den Altersgruppen ab 55 Jahre steigen dabei auch die Partizipationsquoten der Männer. Fasst man die geschlechts- und altersspezifischen Partizipationsquoten zu einer gesamtwirtschaftlichen zusammen, so liegt diese zwar im Niveau im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2016 um etwa 4%-Punkte unter der nach dem EU-Verfahren ermittelten. Diese Differenz ist aber überwiegend auf definitorische Abweichungen zwischen den für die detaillierte Rechnung verwendeten OECD-Daten und den der EU-Methode zugrundeliegenden Angaben zurückzuführen.

Schaut man auf den Projektionszeitraum, so werden die Unterschiede zwischen beiden Ansätzen deutlich. Während die nach der EU-Methode abgeleitete trendmäßige Partizipationsquote ab 2018 – also nach dem derzeitigen Ende des Prognosezeitraums der Kurzfristprognose – bis 2024 um 1,7%-Punkte steigt, erhöht sich die in detaillierter Rechnung ermittelte nur um 0,8%-Punkte. Die größten Unterschiede in der Entwicklung beider Quoten treten dabei in den Jahren ab 2021 auf, also noch außerhalb des Horizonts der aktuellen Mittelfristprojektion. Dann dämpft der demografische Wandel den Anstieg der Partizipationsquote und damit des Produktionspotenzials spürbar.

Die vorliegende Mittelfristprojektion orientiert an der Entwicklung der geschlechts- und altersspezifischen Partizipationsquoten. Um Konsistenz mit dem EU-Verfahren zur Potenzialschätzung herzustellen, werden die Unterschiede in den Niveaus zwischen den nach beiden Verfahren ermittelten Quoten ausgeglichen, indem die nach dem EU-

Verfahren ermittelte Quote ab 2018 mit der aus der detaillierten Rechnung abgeleiteten fortgeschrieben wird.^b

a Stützzeitraum sind die Jahre 1970 bis 2016, bei den Alterskohorten 65 Jahre und älter der Zeitraum 2000 bis 2016. – b Dieses Verfahren wird nur auf die Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge angewendet.

Um die Wirkung der Migration auf das Erwerbspersonenpotenzial abschätzen zu können, ist es – wie erwähnt – wichtig, zwischen Flüchtlingen und sonstigen Migranten zu unterscheiden, da erstere zunächst eine sehr hohe Erwerbslosigkeit und eine niedrige Partizipationsquote aufweisen, während dies für letztere nicht zutrifft. Für die Projektion gehen wir davon aus, dass sich der Wanderungssaldo der Flüchtlinge, der sich im Jahr 2016 noch auf rund 50.000 Personen belaufen hat, bereits im Jahr 2017 negativ sein wird. Ausschlaggebend hierfür ist, dass für zahlreiche der im Jahr 2015 angekommenen Flüchtlinge das Asylverfahren mit einem negativen Bescheid abgeschlossen wurde und diese daher zur Ausreise verpflichtet sind. Hinsichtlich der nicht fluchtbedingten Migration unterstellen wir, dass diese nach einem Höchststand von 730 000 Personen im Jahr 2016 ab 2017 schrittweise auf 127 000 Personen im Jahr 2021 zurückgeht. Dieser Annahme liegt die Erwartung zugrunde, dass die Zuwanderung aus den in den südeuropäischen Krisenländern im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierung dort allmählich abebben wird. Für das Jahr 2016 liegen z.Zt. nur vorläufige Angaben zur Bevölkerung und zum Wanderungssaldo vor. Demnach belief sich die Netto-Zuwanderung auf mindestens 750 000 Personen (Statistisches Bundesamt, 2017b). Dem Arbeitskräftepotenzial werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) zugerechnet. Im Einklang mit der Altersverteilung der Zuwanderung in der Vergangenheit nehmen wir an, dass gut 80% der sonstigen Migranten und rund 71% der Flüchtlinge dieser Altersgruppe angehören.

Darüber hinaus ist für die Ableitung des Erwerbspersonenpotenzials die trendmäßige Partizipationsquote von Bedeutung, also der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Da die Erwerbsbeteiligung mit zunehmendem Alter generell abnimmt, führt die Alterung der Bevölkerung dazu, dass dem Arbeitsmarkt weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. Um die demografische Entwicklung besser zu berücksichtigen, nutzen wir für die Projektion der Partizipationsquote hier erstmals ein sogenanntes Alterskohortenmodell, das auf einem Modell des Sachverständigenrats basiert (Breuer und Elstner, 2017) (Kasten 1).

Ein Teil der Erwerbspersonen ist erwerbslos, wobei für das Produktionspotenzial die strukturelle, um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Erwerbslosenquote relevant ist. Da sich – wie erwähnt – die Erwerbsquoten der Flüchtlinge von denen anderer Bevölkerungsgruppen unterscheiden, differenzieren wir bei der Ableitung der trend-

Mittelfristprojektion bis 2021

mäßigen Partizipationsquote und der strukturellen Erwerbslosenquote zwischen Inländern und Personen, die nicht aus dem Fluchtmotiv nach Deutschland kommen, einerseits und Flüchtlingen andererseits (vgl. Barabas et al., 2016). Dabei wurden die Partizipationsquote und die Erwerbslosenquote der erstgenannten Gruppe mit statistischen Filterverfahren trendbereinigt. Da die Unterscheidung in Flüchtlinge und andere Personen erst ab dem Jahr 2015 vorgenommen wird, ist der Zeitraum zu kurz, um Trendbereinigungsverfahren sinnvoll anwenden zu können. Daher haben wir Annahmen zur tatsächlichen Entwicklung der Partizipationsquote und der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge getroffen. Aus der nicht-trendbereinigten Partizipationsquote bzw. der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge und den Trendwerten für die Nicht-Flüchtlinge haben wir jeweils gewichtete Durchschnitte berechnet, wobei als Gewichte die Anteile der Flüchtlinge und der anderen Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dienen. Der relevante Anteil der Flüchtlinge steigt von 0,4% im Jahr 2016 auf rund 1,4% im Jahr 2021.

Das statistische Trendbereinigungsverfahren impliziert, dass sich der in der Vergangenheit beobachtete Anstieg der Erwerbsbeteiligung, die zurzeit etwa 73% beträgt, mittelfristig fortsetzen wird, wenn auch abgeschwächt. Das langwierige Asylverfahren und der anfänglich beschränkte Arbeitsmarktzugang der Flüchtlinge legen aber nahe, dass diese zunächst nur eine geringe Partizipationsquote haben; diese dürfte im Jahr 2016 lediglich rund 30% betragen haben.³ Für 2017 erwarten wir mit dem Abschluss einer großen Zahl von Asylverfahren eine kräftige Zunahme auf 60% und bis 2021 eine allmähliche weitere Erhöhung auf rund 72%. Aus den zunächst großen Unterschieden in den Partizipationsquoten folgt, dass der Anstieg der gewichteten durchschnittlichen Partizipationsquote im Projektionszeitraum flacher verläuft als es die Anwendung des statischen Bereinigungsverfahrens nahelegen würde.

Die strukturelle Erwerbslosenquote ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Nach unseren Schätzungen belief sie sich im Jahr 2016 auf 4,2%. Im Projektionszeitraum dürfte sie vorerst durch die hohe Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen beeinflusst werden. Bei mechanischer Anwendung des auf einem Phillips-Kurven-Ansatz beruhende Verfahrens der EU-Kommission (Havik et al., 2014) sinkt die strukturelle Erwerbslosenquote zunächst noch etwas und bleibt dann konstant bei knapp 3,1%. Dieses Verfahren wurde im Winter 2016/2017 um einen sogenannten Anker

³ Dass die Erwerbsbeteiligung anfangs niedrig ist, liegt auch daran, dass die Flüchtlinge in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland aufgrund rechtlicher Vorgaben nur beschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Die Annahmen zur Arbeitsmarktintegration der monatlichen Zugangskohorten werden aus Angaben bei Brücker et al. (2015) abgeleitet.

Tabelle 1

Produktionspotenzial und seine Komponenten

1995 bis 2021^a; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 – 2016	Wachs- tumsbei- träge ¹	2016 – 2021	Wachs- tumsbei- träge ¹
Produktionspotenzial	1,3		1,6	
Kapitalstock	1,6	0,6	1,3	0,4
Solow-Residuum	0,7	0,7	0,8	0,8
Arbeitsvolumen	0,1	0,1	0,5	0,3
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,2	
Partizipationsquote	0,5		0,4	
Erwerbsquote	0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,2	
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,2		1,2	

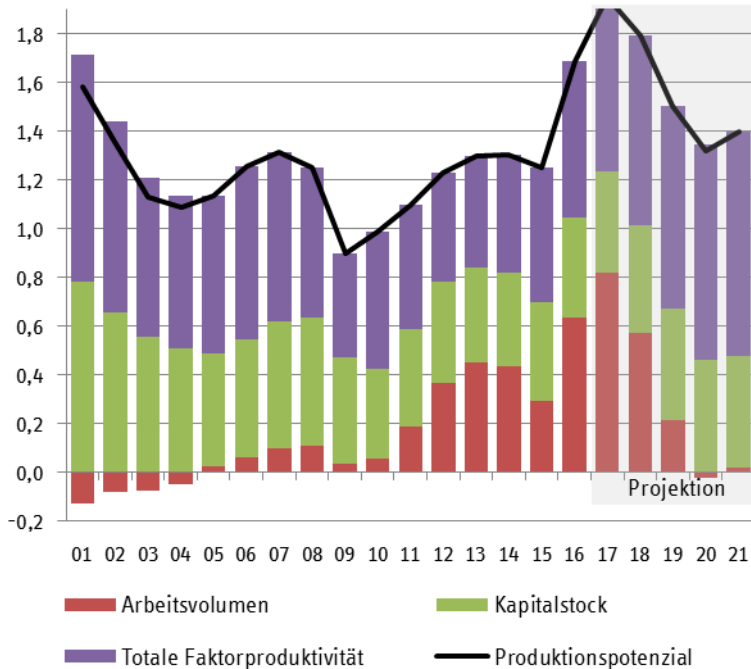
Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

erweitert. Dabei wird unterstellt, dass die strukturelle Erwerbslosenquote ab einem gewissen Zeitpunkt nach Ende des Kurzfristprognosehorizonts zu einem sogenannten Ankerwert konvergiert. Der Zeitraum bis zum Erreichen des Ankerwerts bestimmt sich aus der Abweichung der aktuellen strukturellen Arbeitslosenquote vom Anker, da eine nur graduelle Anpassung unterstellt wird. Der Ankerwert wird für jedes EU-Mitgliedsland mittels einer Panelregression mit Daten ab 1985 bis zum aktuellen Rand in Abhängigkeit von strukturellen und nicht-strukturellen Einflussgrößen geschätzt (vgl. Orlandi, 2012). Das Anker-Verfahren soll das prozyklische Verhalten der geschätzten strukturellen Erwerbslosenquote am aktuellen Rand mildern und so die Revisionsanfälligkeit reduzieren (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2017).

Das EU-Verfahren schätzt die strukturelle Erwerbslosenquote mit Hilfe eines Phillips-Kurven-Ansatzes, der nicht zwischen Flüchtlingen und anderen Personen differenziert. Er berücksichtigt somit nicht, dass die Qualifikation der Flüchtlinge niedriger ist als die der heimischen Bevölkerung und der Zuwanderer aus europäischen Ländern, was sich in einer höheren Erwerbslosigkeit niederschlägt. Zudem stehen die Flüchtlinge nicht, wie es die strikte Anwendung des EU-Verfahrens implizieren würde, unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Daher dürfte die reine

Mittelfristprojektion bis 2021

Schaubild 1
Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial
 2001 bis 2021; in % und in Prozentpunkten

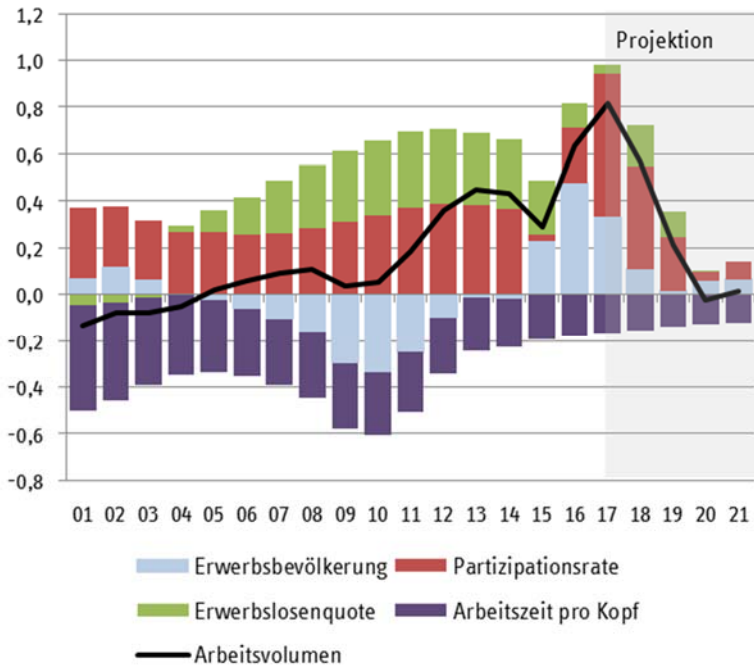


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Anwendung des EU-Verfahrens eine Unterschätzung der strukturellen Erwerbslosenquote und somit eine Überschätzung des Produktionspotenzials ergeben. Berechnet man analog zum Vorgehen bei der Partizipationsquote einen gewichteten Durchschnittswert der aus dem Trendbereinigungsverfahren resultierenden strukturellen Erwerbslosenquote und der für die Migranten angenommenen Erwerbslosenquote⁴, ergibt sich für den Projektionszeitraum eine strukturelle Erwerbslosenquote

⁴ Dazu wurde unterstellt, dass die zu erwartende Erwerbslosenquote der Migranten deren struktureller Erwerbslosenquote entspricht. Die Erwerbslosenquote der Migranten wurde aus Annahmen zur Arbeitsmarktintegration von monatlichen Zugangskohorten abgeleitet, wobei die Arbeitslosenquote der jeweiligen Zugangskohorte von der Aufenthaltsdauer in Deutschland abhängt. Letztere wird aus Angaben bei Brücker et al. (2015) abgeleitet.

Schaubild 2
Komponenten des Arbeitsvolumens
2001 bis 2021; Wachstumsbeiträge in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

der Gesamtbevölkerung, die von knapp 4,2% im Jahr 2017 zunächst noch leicht zurückgeht und sich ab 2019 bei 3,7% stabilisiert.

Insgesamt ergibt sich ein Wachstum des Produktionspotenzials im Projektionszeitraum von 1,6% pro Jahr; der Anstieg liegt oberhalb der Potenzialwachstumsrate der zurückliegenden Dekade (Tabelle 1). Während der Beitrag des Faktors Kapital zum Wachstum niedriger ist als in der Vergangenheit, steigt der Beitrag des technischen Fortschritts etwas; vor allem aber erhöht sich der Beitrag des Arbeitsvolumens.

Nach unserer Projektion wird das Wachstum des Produktionspotenzials mittelfristig weiterhin vor allem vom technischen Fortschritt getragen (Schaubild 1). Der Beitrag des Produktionsfaktors Kapital bleibt im Zeitverlauf in etwa konstant, während der

Mittelfristprojektion bis 2021

Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens höher ist als in der Vergangenheit, im Zeitverlauf aber abnimmt. Unter den Komponenten des Arbeitsvolumens wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunächst noch kräftig, in den letzten drei Jahren des Projektionszeitraums aber kaum noch zunehmen (Schaubild 2). Die Partizipationsquote steigt im gesamten Projektionszeitraum, wenn auch mit abnehmenden Raten. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte ihren rückläufigen Trend abgeschwächt fortsetzen. Die strukturelle Erwerbslosenquote sinkt zunächst trotz der hohen Erwerbslosigkeit der Flüchtlinge und bleibt zum Ende des Projektionszeitraums nahezu konstant.

2. Verbesserte Aussichten für das internationale Umfeld

Die internationalen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten verbessert und stellen sich nun etwas günstiger dar als zu Beginn des Jahres angenommen. Vor allem die jüngste Belebung des Welthandels lässt erwarten, dass die weltweite Produktion in diesem Jahr etwas rascher ausgeweitet wird. Das höhere Expansionstempo des Außenhandels geht mit einer deutlicheren Ausweitung der Industrieproduktion einher, vor allem in den Schwellenländern. Allen voran in China wurde die Produktion zu Jahresbeginn erneut deutlich ausgeweitet. Die höhere Nachfrage auch nach Rohstoffen dürfte dazu beitragen, dass sich die Wirtschaftsaktivität auch in anderen Schwellenländern belebt. Daher ist zu erwarten, dass das BIP in Russland, Brasilien und Argentinien wieder ausgeweitet wird. Die mittelfristigen Perspektiven haben sich dadurch aber nicht wesentlich geändert. Vielmehr dürfte sich die Produktionsausweitung in der mittleren Frist nicht beschleunigen. Insbesondere für die chinesische Wirtschaft ist zu erwarten, dass sich die Aktivität etwas abschwächt, wie dies im volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozess typisch ist. Auch dies strahlt auf andere Schwellenländer aus.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stellt sich das Expansionstempo gegenwärtig robust dar, auch wenn der BIP-Zuwachs in den USA im ersten Quartal schwächer war als erwartet. Allerdings dürfte sich das Expansionstempo bereits kurzfristig wieder erhöhen. Für die mittlere Frist gehen wir davon aus, dass sich die Produktion in den USA in etwa im Einklang mit dem Wachstum des Produktionspotenzials expandiert, das wir nach wie vor bei 2,2% veranschlagen. In Japan scheint sich der Aufschwung zuletzt verstärkt zu haben. Angesichts der zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt und den nach wie vor hohen Konsolidierungserfordernissen dürfte das Expansionstempo aber wieder an Schwung verlieren. In der mittleren Frist erwarten wir ein durchschnittliches Expansionstempo von 0,6%, was dem Anstieg des Produktionspotenzials entspricht. Im Euro-Raum dürfte sich der Aufschwung in

moderatem Tempo fortsetzen. Insbesondere in den ehemaligen Krisenländern ist der Nachholprozess noch nicht abgeschlossen, so dass das Zusammenspiel von Beschäftigungsaufbau und steigender Nachfrage sich noch fortsetzen kann, ohne dass dies zu einer deutlichen Beschleunigung der Teuerung führt. In der mittleren Frist erwarten wir daher eine Ausweitung des BIP, die etwas über dem Expansionstempo des Potenzials von 1,2% liegt.

Angesichts der so umrissenen internationalen Rahmenbedingungen und auf Basis der für die Kurzfristprognose vom Juni 2017 vorgenommenen Setzungen legen wir für die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland die folgenden Annahmen zugrunde:

- fi Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt bis zum Ende des Projektionszeitraums unverändert 1,12 \$/€.
- fi Der Preis für Erdöl der Sorte Brent wird sich im Projektionszeitraum ausgehend von dem Anfang Juni 2017 erreichten Niveau von rund 52 \$ je Fass mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt.
- fi Der Welthandel mit Waren (IWF) wird im Jahresdurchschnitt 2017 um 4,7% und im Jahr 2018 um 4,4% zunehmen; von 2019 bis 2021 dürfte er mit 4 ½% je Jahr mit etwa gleichem Tempo expandieren wie in der kurzen Frist.

Indes bestehen die erheblichen politischen Unsicherheiten, die mit der Euro-Krise, dem Brexit und der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik verbunden sind, auch in der mittleren Frist wohl fort. So ist nicht zu erwarten, dass die Brexit-Verhandlungen in der zunächst vorgesehenen Frist von zwei Jahren abgeschlossen werden können. Ebenso dürften die Risiken erneuter Spannungen im Euro-Raum erst dann geringer werden, wenn die Strukturreformen greifen und die Arbeitslosigkeit deutlich abgebaut wurde. In unserer Prognose unterstellen wir allerdings, dass diese Unsicherheit die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist nicht stärker belastet als bisher.

3. Geldpolitik vorläufig noch sehr expansiv und Finanzpolitik mittelfristig konjunkturneutral ausgerichtet

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss im Dezember 2016, ihr Ankaufprogramm für Wertpapiere bis Ende 2017 zu verlängern, wenn auch ab April 2017 mit einem von 80 Mrd. € je Monat auf 60 Mrd. € reduzierten Volumen. Aufgrund der fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung, der allmählich steigenden mittelfristigen Inflationserwartungen und der zunehmenden Risiken aus den niedrigen Zinsen für die Stabilität des Finanzsystems rechnen wir damit, dass die EZB ihre Anleihekäufe

Mittelfristprojektion bis 2021

im kommenden Jahr reduzieren und ab der Jahresmitte keine Nettozukäufe mehr tätigen wird. Den Hauptrefinanzierungssatz dürfte sie bis zum Ende des Jahres 2018 noch bei 0% belassen. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dürfte sie den monetären Expansionsgrad aber allmählich reduzieren und den Leitzins langsam anheben. Die Geldpolitik bleibt gleichwohl – gemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland – sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzierungsbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft im historischen Vergleich bis zum Ende des Projektionszeitraums sehr günstig.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2017 leicht expansiv ausgerichtet. Maßgeblich hierfür sind die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Entlastungen bei der Einkommensteuer und die Aufstockung investiver Ausgaben. Auch kommt es zu Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung, denen jedoch eine Anhebung des Beitragsatzes gegenüber steht. Der finanzpolitische Impuls dürfte sich auf 12 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP auf 0,4% belaufen (Döhrn et al., 2017). Für die Folgejahre kann nach den derzeitigen finanzpolitischen Beschlüssen von einer annähernd konjunkturneutralen Ausrichtung der Finanzpolitik ausgegangen werden. Um nachhaltige Staatsfinanzen zu sichern, will die Bundesregierung in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2021 keine neuen Schulden aufnehmen und den seit 2014 erreichten Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung damit verstetigen; zudem dürften die Länder den Anstieg ihrer Ausgaben begrenzen, um die „Schuldenbremse“ einzuhalten und ihre Haushalte ab dem Jahr 2020 bei einer konjunkturellen Normallage ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen zu können.

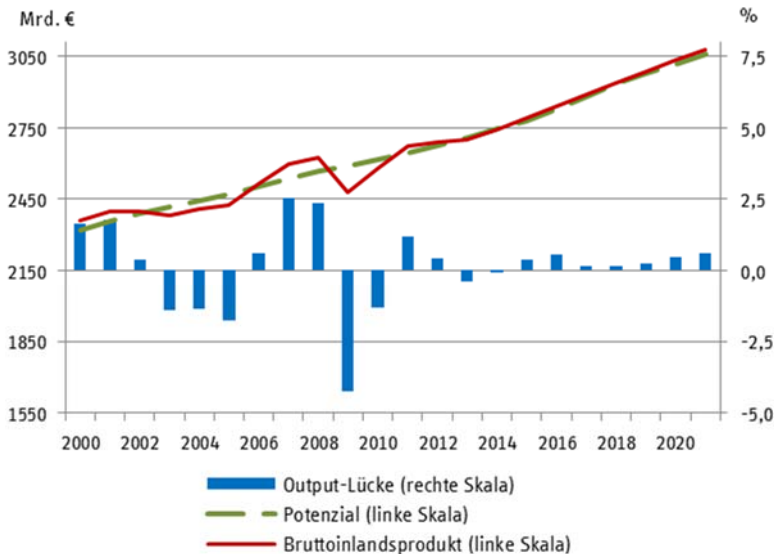
Wachstumspolitische Impulse sind von der Ausweitung der Ausgaben in den Bereichen Bildung, Forschung und Verkehrsinfrastruktur zu erwarten. Dämpfend dürfte dagegen wirken, dass die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote, die im vergangenen Jahr auf über 40% gestiegen ist und damit deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt liegt, wegen des progressiven Einkommensteuertarifs und der aus der Alterung der Gesellschaft resultierenden Mehrbelastungen weiter steigen wird.

Der unter Status quo-Bedingungen abgeleitete finanzpolitische Kurs ist aufgrund der im September 2017 anstehenden Bundestagswahl indes mit Unsicherheiten behaftet, zumal in der politischen Diskussion angesichts der hohen Budgetüberschüsse des Staates vielfach auch nicht gegenfinanzierte Leistungsausweitungen oder Steuer- und Sozialabgabensenkungen gefordert werden.

4. Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2021: Produktionslücke in Deutschland leicht positiv

Das Produktionspotenzial wird – wie erwähnt – von 2016 bis 2021 um durchschnittlich 1,7% pro Jahr wachsen und damit kräftiger als in der zurückliegenden Dekade. Damit eröffnen sich für den Projektionszeitraum günstige Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Das reale BIP dürfte ungefähr in der Größenordnung des Potenzialwachstums expandieren, und zwar um 1,6% in diesem Jahr, um 1,8% im kommenden Jahr und um durchschnittlich 1,5% je Jahr von 2019 bis 2021. Die geringe positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial von 0,2% in diesem Jahr dürfte sich im weiteren Projektionszeitraum im Prognosezeitraum kaum verändern. Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit weiterhin in einer leichten Überauslastung der Kapazitäten.

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke
 2000 bis 2021



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Eigene Berechnungen; Zeitraum 2017-2021: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Mittelfristprojektion bis 2021

Tabelle 2
Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2011 bis 2021

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2011	2016	2021	2011 bis 2016	2016 bis 2021
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mio.	41,6	43,6	45,4	1,0	3/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mio.	37,0	39,3	41,0	1,2	1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1 393	1 364	1 354	-0,4	- 1/4
Arbeitsvolumen, in Mio. h	57 909	59 444	61 424	0,5	3/4
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2010=100	102,3	103,7	107,9	0,3	3/4
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2010=100	102,1	105,7	110,8	0,7	1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	2 674,5	2 843,2	3 079,4	1,2	1 1/2
Deflator des BIP, 2010=100	101,1	110,2	119,6	1,8	1 3/4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	2 703,1	3 134,1	3 682,7	3,0	3 1/4
Private Konsumausgaben	1 495,5	1 681,5	1 927,4	2,4	2 3/4
Konsumausgaben des Staates	505,7	615,3	721,9	4,0	3 1/4
Bruttoanlageinvestitionen	547,8	626,1	783,5	2,7	4 1/2
Vorratsinvestitionen	21,9	-27,6	-26,6	-	-
Außenbeitrag	132,1	238,8	276,5	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in % des BIP	4,9	7,6	7,5	-	-

Nach Angaben des Statistischen Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; Zeitraum 2021/2016: eigene Prognose. – ¹ Im Prognosezeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

Der private Konsum wird weiterhin voraussichtlich kräftig expandieren, da der Beschäftigungsaufbau wohl anhält und angesichts der zunehmenden Knappheit am Arbeitsmarkt die Löhne demnach etwas stärker angehoben werden als bislang. Auch beim öffentlichen Konsum ist aufgrund der alterungsbedingt verstärkt steigenden Gesundheitsausgaben eine merkliche Ausweitung zu erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften von der hohen Kapazitätsauslastung und den niedrigen Zinsen profitieren. Kräftige Impulse kommen weiterhin von den Bauinvestitionen, die neben dem niedrigen Zinsniveau und den günstigen Einkommensperspektiven auch von der Zuwanderung angeregt werden. Infolge der weltwirtschaftlichen Erholung sind auch Exportchancen der deutschen Wirtschaft mittelfristig gut, zumal in den überdurchschnittlich wachsenden Schwellenländern der Bedarf an technisch hochwertigen Investitionsgütern aus Deutschland hoch bleibt. Die Importe erhalten Impulse von der lebhaften Binnenkonjunktur und dürften ähnlich kräftig wie die Exporte anziehen, so

dass sich der Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mittelfristig kaum ändert.

Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich im Projektionszeitraum leicht verstärken und sich dem Inflationsziel der EZB annähern. Der BIP-Deflator wird aufgrund der anhaltend hohen Kapazitätsauslastung im Inland voraussichtlich stärker steigen als in der zurückliegenden Dekade, und zwar um 1,6% in diesem Jahr, um 1,8% im kommenden Jahr und um durchschnittlich 1,7% je Jahr von 2019 bis 2021.

Literatur

Brücker, H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. IAB. Nürnberg.

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Binnenwirtschaftliche Impulse bei erhöhter weltwirtschaftlicher Unsicherheit. *RWI Konjunkturberichte* 67 (4): 17-32.

Breuer, S., und S. Elstner (2017). Projektion der deutschen Wachstumsperspektiven – Die Methode des Sachverständigenrats. Mimeo.

Boysen-Hogrefe, J., et al. (2017), Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2017. Kieler Konjunkturbericht 30 (2017 | Q1). Kiel, Institut für Weltwirtschaft.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, H. Gebhardt, P. Jäger, M. Micheli und S. Rujin (2017), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von Binnenwirtschaft getragen. *RWI Konjunkturberichte* 68 (1): 33-91.

European Commission (2014), The 2015 Ageing Report. Underlying Assumptions and Projection Methodologies. European Economy 8/2014, Brüssel.

Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, F. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy. Economic Papers 535, Brüssel.

Orlandi, F. (2012). Structural unemployment and its determinants in the EU countries. European Commission Economic Papers 455. Brüssel.

Statistisches Bundesamt (2015), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13.koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile.
Download am 3.2.2016.

Statistisches Bundesamt (2017a), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Vorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis von 2015. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungBundeslaender2060_Aktualisiert_5124207179005.xlsx?__blob=publicationFile.
Download am 10.6.2017.

Mittelfristprojektion bis 2021

Statistisches Bundesamt (2017b), Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf 82,8 Mio gestiegen, Pressemitteilung vom 27.01.2017, Nr. 33/17.